

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Kommunales

Westphal, Jens Telefon: 07071 204-1824 Gesch. Z.: 10/We/

Vorlage

263/2020

Datum

25.11.2020

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Jugendgemeinderat**
zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Satzung zur Änderung der Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderats
Bezug:	248/2020
Anlagen:	Anlage 1 - Änderungssatzung

Beschlussantrag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderats wird wie in Anlage 1 beschrieben geändert.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

- 1.1. Mit der Änderung der Hauptsatzung gemäß Vorlage 248/2020 wird in der Hauptsatzung die Möglichkeit verankert, auch ab dem 01.01.2021 Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder durchzuführen. Dazu zählen unter anderem auch Sitzungen des Jugendgemeinderats. Diese Form der Sitzung soll nun auch in der Satzung über die Einrichtung des Jugendgemeinderats als Möglichkeit genannt werden.
- 1.2. Im Dezember 2021 steht die Wahl des Jugendgemeinderats an. Derzeit ist laut Satzung nur eine Urnenwahl möglich. Es ist nicht sichergestellt, dass angesichts der Corona-Pandemie eine Urnenwahl ohne einen erheblich höheren Verwaltungsaufwand durchgeführt werden kann.

2. Sachstand

- 2.1. Seit Inkrafttreten der Änderung der Gemeindeordnung und der Ermöglichung von Online-Sitzungen am 13.05.2020 wurden Sitzungen des Jugendgemeinderats aufgrund der Abstandsregelungen als Hybridsitzungen durchgeführt. Sowohl Mitglieder des Jugendgemeinderats als auch Gäste nehmen seitdem über Microsoft Teams an den Sitzungen teil.

Um weiterhin Sitzungen in hybrider Form durchführen zu können, soll mit der Änderung der Hauptsatzung gemäß Vorlage 248/2020 die Grundlage geschaffen werden. Um Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit aller Mitglieder auch beim Jugendgemeinderat durchführen zu können, bedarf es dazu einer Änderung der Satzung.

Diese Änderung bedeutet nicht, dass Sitzungen immer als Hybridsitzungen durchgeführt werden können. Die Vorgaben des § 37a GemO sind zu beachten; Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit dürfen also nur bei Gegenständen einfacher Art oder wenn die Sitzung aus schwerwiegenden Gründen andernfalls nicht durchgeführt werden könnte, abgehalten werden. Auch Wahlen sind in Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit bzw. Hybridsitzungen nicht möglich.

- 2.2. Die Wahl des Jugendgemeinderats kann bisher nach der Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderats nur als Urnenwahl erfolgen.

Mit der Satzungsänderung wird eine Briefwahl oder eine Wahl per BürgerApp ermöglicht. Dies kann der Gemeinderat mit einer 2/3 Mehrheit beschließen. Eine „Hybridwahl“, bei der Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, per Briefwahl und per Urnenwahl abstimmen zu können, ist dabei aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands nicht vorgesehen.

Auch für spätere Wahlen, die ohne den besonderen Einfluss einer Pandemie geplant und durchgeführt werden, kann die Durchführung einer Briefwahl oder einer Wahl per Bürger-App eine Alternative sein, die zu einer höheren Wahlbeteiligung führen könnte.

Zudem ist es Schülerinnen und Schülern an Schulen ohne eigenen Wahlraum bislang nicht möglich, an anderen Schulen zu wählen. Durch die Satzungsänderung wird auch Schülerinnen und Schülern an Schulen, an denen kein Wahlraum eingerichtet wurde, ermöglicht, in der Nähe ihrer Schulen zu wählen.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Satzung wird wie in Anlage 1 beschrieben geändert.

4. Lösungsvarianten

- 4.1. Die Satzung wird nicht geändert. Damit dürften ab dem 1. Januar 2021 keine Sitzungen mehr in Hybridform durchgeführt werden. Eine Wahl als Briefwahl oder per BürgerApp durchzuführen wäre ebenfalls nicht möglich.
- 4.2. Nur die §§ 4a und 15 werden wie in der Anlage beschrieben geändert. Somit sind Briefwahlen oder Wahlen per BürgerApp möglich, Sitzungen in Hybridform ab dem 1. Januar 2021 allerdings nicht.
- 4.3. Nur § 19 wird wie in der Anlage beschrieben geändert. Somit sind Sitzungen in Hybridform weiterhin möglich, die Briefwahl oder Wahl per BürgerApp allerdings nicht.
- 4.4. § 15 Abs. 2 wird wie in Anlage 1 dargestellt geändert. Nur die Absätze 1 und 3 des neuen § 4a werden wie in der Anlage dargestellt eingefügt. § 15 Abs. 1 wird wie in der Anlage beschrieben geändert, allerdings werden die Worte „oder BürgerApp“ gestrichen. Somit wären eine Briefwahl und Sitzungen als Hybridsitzungen möglich, allerdings keine Wahl per BürgerApp.

5. Klimarelevanz

Es entfallen Anfahrtswege zu den Sitzungen. Vor allem der Wegfall von Anreisen externer Gäste führt zu CO₂-Einsparungen.